

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pl., monatlich 22 Pl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Mai 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pl. die fünfgepostete Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 50

Des Simmeljahresfestes wegen muß Nr. 33 einen Tag früher fertiggestellt werden. Die für jene Nummer bestimmten Veröffentlichungen müssen bis 12. Mai in unsere Hände gelangen.

Wichtige Tagungen in Leipzig

Buchhändlerkassale ist schon vorüber. Ob man sich bei dieser Gelegenheit mit dem Ueblingsprojekt einer Bevorzugung des Werldrucks durch niedrigere Tarifierung gegenüber den Tageszeitungen beschäftigt hat und dafür die Leipziger Prinzipalität interessieren will, für die der Werldruck ja alles ist, kann noch nicht gesagt werden. Es ist uns über die Kassaterversammlung der deutschen Buchhändler bis jetzt nichts zu Gesicht gekommen. Große Aussicht wäre solchen Absichten gegenüber sehr geboten, denn wenn die Buchverleger beglücken, der trägt ein Danaergeschenk davon.

Während wir diese Zeilen schreiben, ist vielleicht die Tagung der Zeitungsverleger in Dresden auch vorüber. Sie hat diesmal Punkte zu besprechen, die uns Gebilten recht nahe berühren; es wird nämlich begonnen mit „Lohnfragen unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Tarifverhandlungen“. Die Zeitungsverleger haben darüber ja kein Beschlusrecht. Sie sind aber bei den maßgebenden Prinzipalshreien als zu bewilligungsbereit bekannt, haben auch bei der großen gewerblichen Krise im März den Ausschlag gegeben in einem dem Krieg im Bewerben abwendenden Sinne. Wir wollen hoffen, daß sie trotz aller Schwierigkeiten sich nicht in den vom Deutschen Buchdruckerverein gesteuerten Kurs hineinziehen lassen.

Mit unserer Gauvorkehrerkonferenz (ab 7. Mai) nehmen dann die Leipziger Verhandlungen ihren Anfang. Im Dezember 1918 waren die Gauvorkehrer und die Verbandsleitung das letztemal in Leipzig verammelt. Tarifliche Fragen standen damals nicht voran. Diesmal ist das Verhältnis direkt umgekehrt. Für organisatorische Angelegenheiten wird nicht viel Zeit beansprucht werden, wenn auch Bremen und ähnliches, was in beiden Semisphären spielte, wohl ergiebige Erörterung finden werden. Die Gehilfenvertreter werden mit der Verbandsleitung und mit den Gauvorkehrern in der Hauptsache zur Tarifausschubfung Stellung zu nehmen haben.

Am 8. und 9. Mai schließt sich der Deutsche Buchdruckerverein mit einer außerordentlichen Hauptversammlung an. Jedenfalls ist mit Rücksicht auf die Tagung der Zeitungsverleger eine Verschiebung um zwei Tage vorgenommen worden. Die Tagesordnung haben wir in Nr. 45 angeführt. Was Verlangen nach einer besonderen Vertretung der Provinzdruckereien, womit im Februar/März auf dem Stellvertretungswege schon ein Anfang gemacht worden ist, kann auch als ein Seitenbeschäft werden, wie sich immer neue Erfordernisse herausbilden, über deren Berechtigung die Meinungen freilich auseinandergehen können. Die „Zeitschrift“ legt die Betonung in ihrer Begründung auf die tarifliche Seite; der Bremer Konflikt findet, wie zu erwarten stand, besondere Erwähnung. Das auch im Innern die Dinge nicht zum besten stehen in der Prinzipalorganisation, weisen ja die aus tariflichen Gründen in Bayern, Schlesien, nachdem auch in Bielefeld, aufgenommenen Gesetze zur Sonderblindel aus. Wie sich die Vorarbeit auf Prinzipalseite für die Tarifausschubfung gestaltet, wird sich beim Zusammentreten unseres gewerblichen Parlaments bald zeigen. Nach allen Erfahrungen sehen wir dem nicht mit einem Eck voll Hoffnungen entgegen.

Eine Tarifausschubfung (ab 10. Mai) findet seit dem Jahre 1899 zum ersten Male wieder in Leipzig statt. Früher, bis zu den hochkritischen Tagen des Oktober 1891, war Leipzig stets Verhandlungsort für die Tagungen der Tarifgemeinschaf, die nach ihrem Neubau im Jahre 1896 dann aber ihren Sitz nach Berlin (und vorübergehend München) verlegte. Zum mindesten wird der Tarifausschubfung diesmal nicht im Unübersichtlichen tagen, wie das in Berlin zunehmend der Fall gewesen ist. Sonst wird sich kaum etwas zum Vorteil in Leipzig ändern; eine bessere Verhandlungsbasis ist am liebsten schwerlich geboten.

Einem Ausgang wie das letztemal in Berlin möchten wir natürlich vermeiden wissen. Es ist auf beiden Seiten wohl lange nicht genügend klar geworden, was vom 1. März bis zur vierten Märzwoche alles auf dem Spiele gestanden hat.

Die Tagesordnung vom Februar war bekanntlich nicht über den ersten Punkt (Steuerungszulagenerhöhung) hinaus erledigt worden, und dieser auch nur im negativen Sinne. Die Prinzipalansätze (A) kehren nun bis auf einen wieder, der aber schon im Februar überholt war und deshalb der parlamentarischen Technik der Prinzipalseite kein gutes Zeugnis ausstellte. Es sind recht böse Verschlechterungen darunter, wie sich aus der Aufzählung in Nr. 46 für jeden wohl schon ergeben hat. In der Vorberatung ist das letztemal dazu eingehend Stellung genommen worden und auch unsere Besprechung war darüber nach Möglichkeit eingehend. Wir können uns darauf berufen, denn die jetzt zu einer Gauvorkehrerkonferenz erwählte Vorbereitungsarbeit kann schwerlich etwas anderes erbringen. Aber die Vorgänge im Prinzipallager sind unsere Leser durch die Situationsartikel außerdem so ausführlich orientiert worden, daß auch zur anderweiten Beleuchtung vordringend nichts mehr anzuführen verbleibt.

Sehen wir uns die sonstigen Anträge (C), dann kann die Schaffung eines Einheitsstarke für das graphische Gewerbe ein Punkt genannt werden, bei dem die Interessen nicht sehr auseinandergehen werden. Es handelt sich erst um Herbeiführung einer prinzipiellen Stellungnahme beider Parteien. Die praktische Seite ist nicht im Handumdrehen zu lösen, dieses Projekt hat zu große Dimensionen. Die Gründung einer sogenannten Ausgleichskasse zur besonderen Unterstützung kinderreicher Familien ist beim vorigen Male wenigstens in der Gehilfenvertretung auf aufgenommen worden; zu weiterem konnte es ja nicht kommen. Der aus den Kreisen der lebigen Kollegen sich geltende Widerstand operiert bisweilen mit Gründen, daß die Beiträge ganz verwechselt erscheinen. Wenn unser Gleicher eine solche Einrichtung haben, im ähnlichen Buchdruckgewerbe seit einigen Jahren eine Ausgleichskasse existiert, in der riesenhaften Berliner Metallindustrie und in andern Gewerben dort derartige Ausgleichskassen auch schon bestehen, bei den Vergleichen die Kinderzulagen längst eingeführt sind und für das große Meer der Beamtenschaft sie wohl allgemein bestehen, dann kann doch nicht mit Gründen dagegen operiert werden, wie es häufig im „Korr.“ geschehen ist. Ein Artikel aus Hamburg in dieser Nummer spricht das Richtige sehr treffend aus. Es ist ja wahr, daß bei uns die ledigen Frage Ungerechtigkeiten aufweist. Ihre Gleicherkollegen mit ihrer Begrenzung des ledigenbeitrages bis zum 25. Lebensjahre zeigen den Weg zu einer besseren Beurteilung. Die Kinderzulagen von 1916 sind in keinem Betracht vergleichbar mit dem jetzt propagierten System, das dem einzelnen Prinzipal ja die Möglichkeit nehmen soll, Gehilfen mit mehreren Kindern nicht einzustellen oder wieder abzuschließen, weil alle Prinzipale für diese Leistung herangezogen werden sollen. Wie sich die Prinzipalität dazu stellen wird, ist allerdings eine Frage für sich; das kann aber die Gehilfenpartei nicht abhalten, einen tüchtigen Vorstoß in dieser Richtung zu unternehmen, denn das Gend von Buchdruckerfamilien mit Kindern ist jetzt bei den unerschwinglichen Preisen für Bekleidung aller drei unerschwinglich am größten.

Die Gehilfenanträge (B) erscheinen in revidierter Form wieder, sind der Zahl nach um zwei vermindert, weil einiges sich seit der letzten Tagung erledigt hat, wollen aber auch neue Punkte auf. Wiederkehrt die Eingliederung des Betriebsarbeitsgesetzes in den Deutschen Buchdruckerfall. Da diese Anträge zum Teil schon eine Vorberatung im Februar gefunden haben, brauchen wir hier nichts dazu zu sagen.

Eine weitere Erhöhung der Steuerungszulage wird wieder den heiß umstrittenen Mittelpunkt der Verhandlungen abgeben. Die Buchdrucker schlagen keine Steuerungszulagenerhöhung. Die Schwächsten dieser Methode werden von ihnen verständnisvoller beurteilt als von vielen andern Berufsgruppen. Sie kennen die schwierige Lage des Ge-

werbes infolge der Papiernot und der Papierwucherpreise. Sie sehen daraus folgend die Arbeitslosigkeit bedenklich kelgen. Alle diese Verhältnisse sind in der vorigen Nummer eingehend gewürdigt und Fallches vom Richtigen dabei unterschieden worden. Es wurden aber auch mehrfache Feststellungen über die lebigen Kosten des Lebenswichtigen wiedergegeben. Diese Zahlen erhalten den Buchdruckergehilfen wie eine Blicktafel über ihre immer noch traurigen Existenzbedingungen, die sich in folgenden jetzt geltenden Wochen- und Stundenlöhnen groß veranschaulicht:

Kalkulationsschlag in Proz.	Gesamtlöhne Mk.	Stundenlöhne Mk.
ohne	151,50	3,16
2 1/2	152,19	3,17
5	158,87	3,31
7 1/2	169,56	3,53
10	175,25	3,65
12 1/2	183,94	3,83
15	186,62	3,89
17 1/2	195,31	4,07
20	197,—	4,11
25	199,38	4,16
Berlin	210,50	4,39

Wir möchten uns die kleine Anfrage erlauben, wie weit diese Löhne von den durch die Weltmarktpreise doch eigentlich bedingten Weltmarktlöhnen sich entfernt halten? Man wird uns von Prinzipalseite entgegenhalten, daß unser Gewerbe doch keine Weltmarktpreise kennt, was nicht einmal ganz zutrifft. Darauf ist jedoch einfach zu sagen, daß die proftwahrscheinliche Methode der Weltmarktpreise die Kosten der Lebenshaltung auch der Buchdruckergehilfen bestimmt. Die „hohen Löhne“ im Munde untrer Prinzipale, und was so noch mehr auf der andern Seite fabuliert wird, sind geradezu eine Blasphemie auf untre traurigen Existenzbedingungen. Kein Gedanke an mehr Lohn, sondern nur mehr Anpassung des Lohnes an die herrschenden Warenpreise! Es ist das eine billere Frage des Weiterexistierens — nichts mehr und nichts weniger.

Die Gehilfenvertretung wird tun, was sie kann. Des können wir alle sicher sein. Ein lübes Präsidium findet die Tarifausschubfung dadurch, daß haben in Leipzig die Verhandlungen der Faktoren über den gleichen Drehpunkt sich erschlagen haben. Was wird bei uns werden? Die Prinzipalität dürfte sich doch kaum über die augenblickliche Situation täuschen...

Sur Tarifausschubfung

Existenzminimum

(Nachdruck freigegeben)

In Nr. 37 des „Korr.“ sind in einer Rundschauung die von Dr. R. Kucaynski, dem Direktor des Staatlichen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, ermittelten Zahlen für die Höhe des Grob-Berliner Existenzminimums während der Monate Februar und März d. J. wiedergegeben. Diese Zahlen haben ihren Weg durch die gesamte Gewerkschafts- und Parteipresse und darüber hinaus bis weit in die bürgerlichen Zeitungen hinein gemacht. Es ist also, so scheint es, allseitig erkannt worden, von welcher grundlegenden Bedeutung für die praktische Lohnpolitik dieser auf sorgfältigsten Untersuchungen beruhende Versuch einer abschließenden Zusammenfassung ist. Die von andern Gelehrten schon seit langem immer wieder errechneten „Inbegriffen“ dagegen sind im großen und ganzen ohne praktische Wirkung geblieben, da sie nicht ohne weiteres einen realen Wert angeben, der unmittelbar anschaulich und verständlich ist, vielmehr nur Vergleichszahlen bieten, die, als solche, mehr den Theoretiker, den historischen Nationalökonom interessieren als den Gewerkschaftler.

Die Hungergefahrlichkeit in Deutschland, vor allem in den Großstädten, steigt, aus den Zahlen der amtlichen Statistik unzuwiderlegt ersichtlich, von Monat zu Monat. Es handelt sich nicht mehr, wie vor dem Kriege, um bessere oder schlechtere Lebenshaltung der einzelnen Volksschichten, sondern es geht jetzt um Leben oder Sterben des Volkes. In den Zeiten der Not, der Nahrungsmittelknappheit, besteht der Satz (der nur Taffachen leistet, nicht Moral reden will): Wer auch nur einen noch fa

kleinen Bruchteil mehr verbraucht, als auf seinen Teil entfällt, trägt dazu bei, ein Menschenleben zu vermindern! Hier: Wer ein größeres Einkommen bezieht und verbraucht, als sein Existenzminimum ausmacht, während von anderen des Existenzminimum nicht erreicht wird, beschneidet diesen andern die Lebensmöglichkeit! Ob das Einkommen „arbeitslos“ zugefallen ist (z. B. in der Form von Kapitalzinsen, Grundrente) oder durch Arbeit erworben ist (als „Unternehmergewinn“ oder als Arbeitslohn), ist dabei gleichgültig.

Weil wir am Vorhänge sind, muß bei allen Lohn- Erzeugnissen ausgegangen werden von dem Begriffe des Existenzminimums, wie ihn Kuczynski für unsre Zeit anschaulich und bis auf weiteres musterförmig herausgearbeitet hat. Das jedem Menschen, ob er arbeitslos oder nicht arbeiten kann, ob er „qualifizierter“ Arbeiter oder „Sagelohner“ ist, zur Verfügung zu stellendes Existenzquantum darf nicht weniger betragen, und darf (fürs erste) ebenso wenig mehr betragen, als sein Existenzminimum. Das ist in den Lohnkämpfen bisher zu wenig beachtet worden.

Leipzig. S. Röll.

Das Elend der Familienväter

Hochtreue aus qualvollem Herzen im wahren Sinne des Wortes sind es, die von „Familienvätern“ in letzter Zeit des öfteren uns aus dem „Storr.“ entgegenlöten und die dringendste Beachtung und Berücksichtigung aller sozial und menschlich führenden Kollegen verdienen, besonders derjenigen, die als Funktionäre usw. dazu berufen sind, die soziale Frage für alle Berufsangehörigen mit lösen zu helfen. Ledige und kinderlose Kollegen haben wohl in den seltensten Fällen eine Ahnung von den schweren Sorgen eines Familienvaters beim Anblick seiner lebenden und kranken Kinder, die gesundheitlich schwersten Gefahren entgegengehen. Unser Minimum ist nicht ausreichend, das nackte Leben einer Familie zu kräften, geschweige irrenden Anschaffungen zu machen. Freilich, in der Druckerlei sieht man einem Familienvater die ihn bedrückenden Sorgen nicht an, da scheint er wohl gar vergnügt, und doch mühte es dem Einfältigsten klar sein, daß die Not mit der Kinderzahl steigt und deshalb nicht für alle gleich ist.

Es ist mir deshalb unverständlich, wie halbgezügelt unsozial und kurzschichtig Kollege W. R. (Leipzig) in Nr. 44 des „Storr.“ über die Frage der geforderten Kinderzulagen urteilt. Es scheint mir, als hätte W. R. und seine vielen Gesinnungsgenossen noch nicht begriffen, um was es sich handelt. „Gleiches Recht für alle“ stellt er als Grundtat auf. Etwas andres wollen wir Familienväter doch auch nicht, indem wir annehmen, daß auch unsere Kinder Menschen sind und ein Recht haben: zum Leben nämlich. Oder will man ihnen dieses Recht streifen machen? Das ist der Kern, um den es sich handelt.

Doch: Was muß geschehen, um unsern Kindern ihr Recht zum Leben zu gewährleisten? Das ist die zweite Frage. In Nr. 41 (Beilage) des „Storr.“ haben zwei Kollegen diese Frage in durchschlagender Weise beantwortet und einen Weg gewiesen, der durchaus gangbar ist. Der Raumerparnis halber weise ich nachdrücklich auf diese beiden Artikel hin.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ Ja, Kollege W. R., dieser Grundtat ist auch vollständig der unsere. Auch wir Familienväter verlangen die Beilegung aller Steuern, bei denen die Verheirateten doch oft die Dummen sind, insofern die Prinzipale die billigeren ledigen Arbeitskräfte vorziehen. Als Basis für die gleiche Einkommen sollte der ausreichende Lebensunterhalt eines Ehepaars ohne Kinder. Mit dieser Einkommenshöhen wohl alle Ledigen einverstanden sein. Kinderzulagen wären demnach selbstverständlich, natürlich dürften sie nicht von Prinzipal als solchen gezahlt werden, sondern sie müßten in der Weise beschafft werden, wie es die angelegenen Artikel in Nr. 41 fordern.

Dem sozialen, ethischen und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, würde die Schaffung einer solchen „Ausgleichskasse“ einen Riesenschritt nach vorwärts bedeuten. Mit Freude und Begeisterung müßten sich besonders die ledigen Kollegen für diese Idee ins Zeug legen, schon im wohlverstandenen eigenen Interesse. Und wenn zuerst im Interesse der Allgemeinheit von ihnen ein kleines Opfer verlangt wird — eines mögen sie wohl bedenken: Sie werden erst die eigentlichen Nutznießer dieser Einrichtung sein! Auch sie werden heiraten; Kinder kommen dann ungerufen. Für die Kinder der jetzt noch Ledigen werden wir Allen, deren Kinder der Masse längst entwachsen sein werden, opfern und zahlen.

So läßt uns denn gemeinsam das Werk fördern. Es gibt keine Gegenläufe zwischen Ledigen und Verheirateten. Es kann für uns alle nur ein Gesetz: Arbeiten, wirken und schaffen für die Kommenden, die da berufen sind, das Leben der Menschheit reichlicher und gerechter zu gestalten. Das ist wahre und echte Pionierarbeit.

Hamburg. R. Schnürpel.

Zu der Frage der Schaffung einer Ausgleichskasse liegen noch verschiedene Einwendungen und Artikel vor, die jedoch neue Elemente nicht enthalten, was auf den des Kollegen Schnürpel aber nicht zutrifft. Da wir es nicht verantworten können, die immer noch nicht genügend beachtete Notwendigkeit der Raumbehinderung durch Wiederholungen von schon Gesagtem weiter in Frage stellen zu lassen, so können diese Einwendungen nach früherer Handhabung nur in summarischen Verfahren erledigt werden.

Für eine solche Klasse hat sich der Ortsverein Bremerhaven und Umgebung ausgesprochen. In der nächsten Satzungsanbahnung soll der Geschäftsvorstand das hin wirken, daß ein Kinderzulagenreform eingeführt wird.

Für jeden Gehilfen und Lehrling soll jeder Prinzipal einen Beitrag an eine Zentrale entrichten, von der die Kollegen mit Kindern unterstützt werden. — Die Kollegen in Goch fordern „Steuerzulagen nach einem sozialen Gesichtspunkte“. Erhöhte Steuerzulagen sollten vor allen Dingen denen zufließen, die ihrer wirklich bedürftig sind: den Gehilfen mit Kindern. Man würde mehr Ruhe im Gewerbe sein. — Ein späterer Kollege aus Breslau erklärt uns in einer Zuschrift, er hätte bei fremden Leuten noch Geld sparen können, als Familienvater komme er mit seinem Lohn überhaupt nicht aus. Viele junge Kollegen verbrauchen aber schon Sonntags die Hälfte ihres Wochenlohnes und mehr. Die Buchdrucker zahlen schon Familienzulagen durch unsere Steuern, die das Beamtenheer unterhalten, das unbrückend Familienzulagen bekommt. Wir erhalten dann noch als „kurzschichtige Redaktions“ eine Beilegung, die mit dem Rippenstoß endigt: „Ein bißchen mehr Weiblichkeit!“ Wie sehr der Breslauer Kollege ohne den geringsten Anhaltspunkt damit vorbeirätet, ergibt sich aus der Falsche, daß der Redaktionsvertreter in der Vorbesprechung zu sehr Tarifauschüttung das Signal zu einer längeren, befürwortenden Aussprache in dieser Frage gab. Aber es ist heutzutage so: Wer mit sich und der Welt unzufrieden ist, hat schnell ein Versehen gegen die Redaktion zur Hand. Das ist in unsern schlimmsten Tagen noch das billigste Vergnügen.

Gegen die befürwortenden Einwendungen in Nr. 41 wendet sich Kollege F. H. in Dortmund. Sein Standpunkt ist: Familienverhältnisse sind Privatsache. Ohne Rücksicht darauf verlangt der Prinzipal aufse Erledigung des Arbeitspensums. Alle ledigen Kollegen würden sonst zu Gehilfen zweiter Klasse. Sie befinden sich in gleich bedrückter Lage. Also: Keine neue Ausnahmestellung der Ledigen, gleiches Recht für alle! — Kollege Sp. in Berlin bezeichnet den mehrfach vorgeschlagenen Weg von Familienzulagen für ganz ungangbar. Er würde unzulässigerweise Verbilligung in unsern Reihen verursachen. Man müsse von einer Verlegenheitsmaßnahme sprechen, durch die unsere Kräfte für den Hauptstoß in der Tarifauschüttung gerüstet würden. Es sollten derartige unwirksame Teilsaktionen nicht weiter propagiert werden.

□ □ □ Volkswirtschaft □ □ □

Die zukünftige Entwicklung der Preise

Unsre Untersuchung und Darstellung der Ursachen und Wirkungen der privatkapitalistischen Preisbildung in Nr. 48 sowie jene der „Krisen der Lebenshaltung“ in Nr. 49 dürften jedenfalls mit aller Deutlichkeit bewiesen haben, daß wir es hier mit Erscheinungen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform zu tun haben, die nur mit einer gründlichen Umwandlung der letzteren eine wesentliche Änderung erfahren können. Die ganze Entwicklung der privatkapitalistischen Profitwirtschaft hat zu einer Aufblähung der Aktien, d. h. nur Scheinbaren Werte geführt, die sich nur aufrecht erhalten kann durch rücksichtsloses Festhalten an den wichtigsten Prinzipien der privatkapitalistischen Konsumtion und Kapitalverzinsung. Das ganze „freie Spiel der Kräfte“ vor dem Weltkrieg war nicht auf Bedarfsproduktion, sondern auf die kapitalistische Profitwirtschaft eingestellt. Mit grenzenloser Rücksichtslosigkeit und bombastischer Reklame ward alles darauf eingeleitet, nur die Profitrate zu erhöhen, was einen immer schärferen Konkurrenzkampf und den Weltkrieg sozusagen als notwendige Katastrophe herbeiführte. Und dieser Weltkrieg, als traugrigstes Spiegelbild der Kultur der sogenannten zivilisierten Welt, war wiederum nur eine andre Fortsetzung der privatkapitalistischen Profitwirtschaft im Rahmen einer blutigen und goldenen „Zwangswirtschaft“. In Wirklichkeit gab es aber während des Weltkriegs nur eine Zwangswirtschaft mit doppeltem Boden, deren Resultat zum größten Teil eine weitere Stärkung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform war. Denn der Verarmung und Verelendung der großen Volksmasse gegenüber steht eine geradezu unübersehbarere Bereicherung der meisten privatkapitalistischen Unternehmungen in Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel und Finanz. Die Zunahme der Renten- und Betriebskapitalien aller Art hat einen derartigen Umfang angenommen, daß deren Verzinsung um ein Vielfaches den Betrag übersteigt, der vor dem Kriege schon aus der produzierten, verschafften Arbeit abgezogen werden mußte. Der bisherige Mangel an Rohstoffen und die heruntergewirtschafteten technischen Produktionsmittel im Inlande waren und sind neben der daraus resultierenden gesunkenen Kaufkraft des Geldes die Hauptursachen des Mangels an Waren, während die Lamine der Zinsenlast oder des arbeitslosen Einkommens von Tag zu Tag größer wird. Dazu kommt, daß gerade die Nutznießer aller Kapitalzinsen ein großes Interesse daran haben, das Angebot aller Waren weit hinter der Nachfrage zurückzulassen; denn dadurch bleiben die Preise hoch, steigt die Nachfrage nach Darlehensgeldern und steigen damit die Einnahmen aus Zinsen. So läßt sich mit Geld in der privatkapitalistischen Atmosphäre alles machen läßt, so wird auch mit Hilfe des Geldes eine teils offene, teils verdeckte Sabotage von oben herab in fast allen Industrie- und Handelszweigen getrieben, um den Warenmarkt so knapp wie möglich, und um die Preise der wenigen Waren, um die sich alles reißt, immer höher und höher zu treiben. Das Wort: „Nach uns die Sintflut“, lautet das Leitmotiv dieser privatkapitalistischen „Kultur“ geworden zu sein.

Diese tagtäglich fast überall zu machenden Erfahrungen und Beobachtungen muß man sich vor Augen halten, wenn man sich ein klares Bild über die zukünftige Entwicklung der Preise machen will. Daraus erklärt sich z. B.

auch, daß man fast nur in Unternehmerräumen in letzter Zeit allerlei von einer bevorstehenden Senkung der Lebensmittelpreise lesen konnte. Denn in Wirklichkeit liegt die Sache gerade umgekehrt. Wohl sind in den letzten Wochen verschiedene Rohstoffpreise nicht unmerklich zurückgegangen, aber von einem Rückgange der Preise der daraus hergestellten Verbrauchsartikel hat man auf dem Warenmarkt noch nicht das geringste gemerkt. Und soweit die Lebensmittelpreise in Frage kommen, haben wir ja schon in voriger Nummer von den neuen Preisserhöhungen für Brot, Fleisch, Margarine, Marmelade usw. Mitteilung gemacht. Man darf nun nicht vergessen, daß z. B. die neue Mehl- und Brotpreisverhöhung gerade deshalb nötig wurde, weil die Sicherstellung der Mehl- und Broterzeugung des deutschen Volkes bis zur nächsten Ernte nur dadurch möglich ist, daß für ausländisches Getreide wesentlich höhere Preise als bisher angelegt werden müssen. Das gleiche gilt auch für alle andern Lieferungen von Lebensmitteln aus dem Auslande. Denn auch die ausländischen Lieferanten arbeiten nur in privatkapitalistischer Weise, d. h. mit entsprechendem Profit. Sie bemerken daher bei ihrer Preisberechnung die Not des deutschen Volkes weniger in menschenfreundlichem Sinn als nach dessen Kaufkraft, die für sie ein hohes Risiko darzustellen scheint. In diesem Sinne bedeutet auch die ganze Valutafolge für das deutsche Volk nur die privatkapitalistische Einkühlung der deutschen realen Zahlungsfähigkeit im Auslande wie im Inlande. Die große Papiergeldflut ist weiter nichts als eine ebenso große Walle von deutschen Schuldzinsen, für die am Ende von Liebe nichts andres mehr in die Wagtschale zu werfen ist als deutsche Arbeitskraft. Weil aber die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterkraft infolge der sinnlosen privatkapitalistischen Profitwirtschaft schon fast bis zum Überstehen ausgeleert und die entsprechenden Produktionsmittel gerüstet oder stillgelegt sind, fehlt auch für absehbare Zeit jede Sicherheit für eine Tilgung dieser Schuldenwirtschaft. Und diese kapitalistische Bankrotwirtschaft verleiht es auch, ohne die Voraussetzungen einer grundsätzlichen Umwälzung der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse an einen nahen und wünschbaren Rückgang der Preise zu glauben.

Wir werden daher mit jeder Erweiterung der Einfuhr ausländischer Lebensmittel und Rohstoffe nicht nur keinen Preisrückgang, sondern eine weitere Angleichung an die Weltmarktpreise, d. h. infolge des fräurigen Standes der deutschen Valuta in vielen Fällen eine weitere Steigerung, erleben. Daran werden auch die neuen Millardentredite zur Senkung der Lebensmittelpreise nichts ändern; die Probe aus Grempl ergibt sich da in sehr fühlbarer Weise bei den neuen Mehl- und Brotpreisen, deren fast 100prozentige Erhöhung ja nur einen Ausgleich gegenüber den noch höheren Auslandspreisen darstellt. Nun hat man allerdings in den letzten Tagen viel gelesen von einer Besserung der deutschen Valuta. Statt daß nun infolge dieser finanztechnischen Erhöhung des Wertes der deutschen Zahlungsmittel eine Preislenkung nicht nur der ausländischen Rohstoffe, sondern auch der inländischen Produkte zu verzeichnen sein müßte, kommen sich einer solchen Entwicklung alle Widerstände der kapitalistischen Weltkraft entgegen. Die Industrie wie der Handel, die beim Sturze der Valuta sich an Sigigkeit mit der Preisverhöhung zu überdecken suchen, sind jetzt versteinert langsam geworden, wo das Gegenteil logisch wäre. Nachdem bisher die hohen Preise damit begründet wurden, daß zu wenig Waren vorhanden seien, hört man jetzt in allen Blättern erzählen, es seien viel zuviel Waren zu hohen Preisen eingekauft worden, weshalb es nicht möglich sei, jetzt die Preise herabzusetzen, weil sonst Fabrikanten und Händler zu großen Verlusten erliden müßten! Und so wird eben auf gut Glück weiter gewuchert nach dem Grundlache: „Wer hat, der hat!“ Das sind alles privatkapitalistische Grundfälle: Schichtpreise führen zum Schleichhandel, Valutastürze führen zu hohen Auslandspreisen, zum Ausverkauf aus Auslande mit Mißgunst; dadurch entstandener noch größerer Warenmangel im Inlande führt zu noch höheren Preisen; diese füllen die Geldbörsen, die Tretern, deren Inbalt reißt zu weiteren Spekulationen, die ein Risiko in sich schließen. Und solche Risiken erfordern abermals höhere Preise, um bei Strafen wegen Überbereitungen von Geselben oder Beschlagnahmen gedeckt zu sein. Und zuletzt ist auch die „Gefahr“ kommender Preisrückgänge jetzt schon mit einzukalkulieren, was wiederum am sichersten nur dadurch geschieht, daß alle jene Unternehmungen gefördert werden, die in der „Zurückhaltung der Leistungen“ ganz besonders bewandert sind. Wir werden daher in nächster Zeit eine starke Zurückhaltung auf dem Lebensmittelmärkte erleben, und zwar deshalb, „weil das Loch im Westen verstopft ist“ und „weil die Gemeindevorstellungen zuerst hier viel zu teuer eingekauften Borräte loslagern müssen“, so sagen die Fabrikanten, Lieferanten und Großhändler big zum Straßenbändler. Alle diese „Leidensgenossen“ der Valuta haben zwar von jeder ihre Preise so kalkuliert, daß dabei das „Unternehmerisiko“ nicht zu knapp kam. Das Privatkapital bleibt eben auch in der größten Not aller Wüter keinen Grundbesitz freu, und wer es nicht glauben will, der befehle sich seine Haushaltsrechnungen. Das steigende Unternehmer- und Handelsrisiko findet darin lediglich seine Bestätigung in fortgesetzten Preisserhöhungen.

So sind z. B. schon seit längerer Zeit die Eisen-, Kupfer-, Blei-, Gold-, Silber-, Holz- und Lederpreise durchweg sehr wesentlich gestiegen; aber von einer Senkung der Preise der aus diesen Rohstoffen hergestellten Verbrauchsartikel hat die Allgemeinheit noch nichts verspürt. Man hämstler weiter, daß die Konkurrenz von hinten durch Aufkauf oder sonstige finanzielle und organisatorische Tricks und auch den Markt so zu beherrschen, wie es das nicht zu knapp „Gefühlinteresse“ erfordert; wonit die Herren

leider bisher auch meistens Glück gehabt haben, und daher wohl auch in Zukunft nicht davon ablassen werden, zumal die materiellen Grundlagen dieser Praktiken sehr verlockender Natur sind. Von dieser Seite also eine baldige Ermäßigung der allgemeinen Kosten der Lebenshaltung zu erwarten, dürfte daher eine fröhlichere Hoffnung sein. Leider ist dies aber auch nicht von der weiteren Entwicklung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion zu erwarten. Denn schon im laufenden Jahre sind wir mit einer wesentlich stärkeren Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande gerechnet worden, um das deutsche Volk bis zur neuen heimlichen Ernte über Wasser halten zu können. Dabei ist selbst nach Calwer, dem man gewiß keine hochwissenschaftlichen oder antihygiënischen Tendenzen zum Vorwurfe machen kann, die Ernährung in diesem Jahre viel knapper als im Vorjahr. Ein Prof. Hartmann, Fleisch und Fett ist ein zunehmender Mangel. Aber auch für das kommende Erntejahr sind die Aussichten trotz der sehr günstigen natürlichen Fruchtbarkeit bereits trübe genug. Alle landwirtschaftlichen Statistiken lassen eine absolute Abnahme der Ernteerträge mit Bestimmtheit erwarten. Die bis jetzt ermittelte Anbaufläche ist nicht nur dem Umfange nach geringer, sondern auch der Qualität nach wesentlich schlechter als bisher. Es rächt sich in dieser Hinsicht der Raubbau während der Kriegsjahre in zunehmendem Grade, nicht zuletzt auch infolge der Wucherpreise für künstlichen Dünger. Nicht einmal die schon längst bekannte Zuzuführung einer wesentlichen Erhöhung der Substitutionspreise für alle Produkte der neuen Inlandsernte, die für die Verbraucher wiederum eine neue Belastung statt der längst erlebten Erleichterung bedeuten, hat bezüglich einer Ermpörung der Anbaufläche keine bessere Wirkung ausüben können. Es muß daher heute noch mit Bestimmtheit mit einem weiteren Rückgange der im Inlande zu gewöhnlichen Nahrungsmitteln gerechnet werden. Es muß deshalb die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel noch viel größer werden, um das Volk vor dem Verhungern zu schützen. Verstärkte Einfuhr bedeutet aber infolge des gesunkenen deutschen Geldwertes eine immer stärkere Angleichung der Preise für die rationierten Lebensmittel an die Weltmarktpreise. Was dies zu belagern hat, möge daran abgethätigt werden, daß der neue erhöhte Brotpreis infolge der tatsächlichen Kosten des ausländischen Getreides von der Reichsregierung noch einen Zuschuß von 9 Mk. für jedes Vierhundert auf die Dauer von ganzen zwei Monaten erfordert. Da es gänzlich ausgeschlossen scheint, daß ähnliche Zuschüsse aus Reichsmitteln auch für die übrigen vom Auslande benötigten Lebensmittel geleistet werden könnten, so werden deren Preise zukünftig kaum noch hinter jenen der marktenreinen Lebensmittel zurückbleiben. Das bedeutet aber keine Preislenkung, sondern leider sehr wesentliche neue Erhöhungen! Das wird dieser Prognose leider nur zu sehr recht haben, wird z. B. auch durch die neuen veröffentlichten neuen Erhöhung der Zuckerspreise, bestätigt, wonach ab 8. Mai d. J. der Preis für 100 kg Zucker im Rheinlande von 1.40 Mk. auf rund 2 Mk. oder um 40 Proz. erhöht wurde. Und wir fürchten, daß wir schon in den nächsten Tagen bei andern Lebensmitteln die gleichen unerfreulichen Erfahrungen machen müssen.

Es ist daher tiefbedauerlich, daß gerade aus Unternehmerkreisen an die Arbeiterchaft immer wieder die Mahnung zur Einschränkung, zu einer noch bescheideneren Lebenshaltung ertönt. Diese Mäßigkeitsprediger leben den jungen Arbeiter wie und da eine Zigarette rauchen, ahnen aber nicht, daß dem gleichen jungen Mann in den meisten Fällen ein Stück Würst, ja sogar ein Stück trockenes Brot viel lieber wäre, wenn er Würst und Brot nur erhalten könnte. Der Unternehmer liebt die Menschen ins Kino führen und beurteilt das und ähnliches als Vergnügungssucht; er hat ja keine Ahnung von dem Glend und dem Hunger, von dem tagtäglichen freudlosen Ringen der Millionen Frauen und Männer der Arbeiterwelt. Wie soll das erst werden, wenn infolge des antihygiënischen Streikens die „Angleichung an die Weltmarktpreise“ die heutigen Löhne noch mehr überflüssig? Wir wollen dieses Bild nicht weiter ausmalen. Für jeden, der auch nur eine halbe Ahnung von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verelendung des größten Teils der deutschen Arbeiterchaft hat, der wundert sich nicht mehr über den Geist, der aus der Tiefe growlt und von Tag zu Tag in Sorgen und Stößen tiefere Wurzeln sät, denn es zeigen sich hier nur die logischen Konsequenzen aller Not und Bedrängnis, die von jeder die bedrängten Menschen dazu trieb, sich ihre Menschenrechte mit Hilfe außergewöhnlicher Mittel zu erkämpfen und zu sichern. Es ist das laubendeckelte Welterleiden des menschlichen Geistes, der schon Friedrich Schiller in seinem „Zell“ mit folgenden Worten als Rechtfertigung und Meneichel zugleich zum Ausdruck brachte:

Wenn der Bedrängte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Pein,
Weiß er getrossen Mutes zu den Sternen,
Wo seine Kräfte hängen unverwundlich!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Schriftgießer.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen früheren zweiten Vorsitzenden Memeyer in üblicher Weise geehrt. Der Firma S. Berthold & Co. wurde für die kostenfreie Herstellung der Druckausgaben zum Stillungsstelle vom „Verein der Schriftgießer“, der nach besten Kräften zur Verbesserung des Betriebes beigetragen hatte, Dank ausgesprochen. Dann gab der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen betreffs der Steuerungsfragen. Da die eingereichten Forderungen nicht tarif-

berechtigt waren, entkanden Schwerfaktoren, die Prinzipale zu überzeugen, daß die Forderungen bei dieser Steuerungs berechtigt waren. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Zugeständnisse der Prinzipale, die sie als außerordentliche Zulage beschneuten, nicht als ausreichend betrachtet würden, und die Verammlung wünschte, daß bei der im April erfolgenden Erhöhung endlich der allgemeinen Steuerungs Rechnung getragen wird. Die mit der Zentralkommission getroffenen Abmachungen wurden für die Monate Januar und Februar angenommen, für März aber, wo eine prozentuale Erhöhung vorgelesen ist und dadurch eine noch größere Differenz zwischen den Löhnen entsteht, abgelehnt. Demgegenüber wurde ein Antrag eingebracht, auch für März eine feste Summe zu zahlen, der angenommen wurde.

Bielefeld. (Maschinenleher-Bezirksversammlung.) Reichhaltig und wichtig war die Tagesordnung unserer letzten Quartalsversammlung durch die Anträge zu unserm Kongress, zur Generalversammlung und zur Tarifrevision. Der Vorsitzende stellte die hierzu bereits eingegangenen Anträge mit, die von der Versammlung größtenteils einstimmig genehmigt wurden, wobei aber auch die Meinung scharf zum Ausdruck kam, daß diese Anträge nicht nur gestellt, sondern daß auch versucht wird, sie zur Durchführung zu bringen. Das Verhalten der Prinzipale — hauptsächlich des Streikes II (Rheinland-Westfalen) — zwingt uns aber auch, unsere Reihen enger zu schließen. Der Antrag auf Verleihung der „Technischen Mitteilungen“ mit den „Typographischen Mitteilungen“ wurde abgelehnt, bei aller Anerkennung der Gründe für Verleihung. Der Vorstand wurde bis auf ein Mitglied wiedergewählt. Als Delegierter zur Generalversammlung des Gaus in Düsseldorf wurde Kollege Jenke gewählt. Kostentlich können auch bald die auswärtigen Kollegen wieder an unsern Versammlungen teilnehmen; seit fast einem Jahre war dies infolge des eingestellten Sonntagsverkehrs unmöglich.

Braunsberg (Ostpr.). Am 28. Februar fand die Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins statt. Nach Begrüßung eines aus Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Kollegen durch den Vorsitzenden erfolgte die Erstattung des Jahres- und Kassenberichts. Die Zahl der Mitglieder betrug zu Beginn des Geschäftsjahrs 10, am Schluß 15. Die Steuerungsfragen wurden hier von beiden Prinzipalpartei glatt bewilligt; hervorgehoben zu werden verdient die Zahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe und einer ansehnlichen Weihnachtsgabe. Der Lokalzuschlag ist von 5 auf 7 1/2 Proz. erhöht worden, ein Antrag, unsern Orts 10 Proz. zu bewilligen, ist leider unberücksichtigt geblieben. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die Kollegen Schrage als Vorsitzender und Grönte als Kassierer wiedergewählt.

Frankfurt a. M. Am 9. Mai fand Kollege Christoph Hüblich sein 50-jähriges Berufsjubiläum und zugleich das 25-jährige Jubiläum seiner Zugehörigkeit als Schriftgießer. Am 9. Mai 1870 trat er bei C. Wächter in München als Maschinenmehrerlehrling in die Lehre und beendigte sie als erster Meistelehrer dieser Offizin am 10. Mai 1874. Nach einem kurzen Gastspiel in Dresden finden wir ihn wieder in München in verschiedenen Druckereien konditionierend. Dem 1891er Streik sollte er als tapferer Mitkämpfer seinen Tribut, konnte er doch durch Eingehen der Druckerei, in welcher er beschäftigt war, längere Zeit keine passende Stellung finden. Im Jahre 1895 ließe er mit Familie nach der Schweiz über und konditionierte in Zürich, Basel und St. Gallen. Mit Eifer widmete er sich der beruflichen Fortbildung, besonders seiner Sparte, und die Schweizer Kollegen wählten ihn im selben Jahre zum Präsidenten des dortigen Maschinenmehrervereins. Gleichzeitig übernahm er die Leitung der vom dortigen Gewerkschaftsverein eingerichteten Schule für Maschinenmehrer und war zugleich als Fachlehrer tätig. Nach neun Jahren folgte er einem Rufe nach Frankfurt a. M. in die Hausdruckerei einer Schriftgießerei, und 1907 wurde ihm dort als Fachlehrer der Unterricht an der neu eingerichteten Fachklasse für Buchdrucker (Städtische Gewerkschule) übertragen. Unermüdet im Schaffen für die Interessen seiner Sparte, war er stets ein eifriger Förderer der Fortbildungsbestrebungen nicht nur seiner Sparte, sondern auch in der Typographischen Gesellschaft geblieben, er leitete seit Jahren dem Vorstand an und ist stets tätig gewesen, sei es als Kurstusleiter oder als Vortragender. Viele seiner ehemaligen Schüler verdanken ihm ihre Fortbildung für ihren Berufsberuf, die er ihnen geben konnte dank seiner reichen praktischen Erfahrungen und Fachkenntnisse, die trotz seines Alters den Geist der heutigen Zeit anmerkt und nicht an alten Anschauungen haften geblieben sind. Möge unserm Hüblich noch weiter ein erfolgreiches Schaffen beschieden sein zum Besten des Gewerbes und als Vorbild für unsre heranwachsende Generation!

Mains. Der Besuch unser Generalversammlung am 29. Februar war leider durch das herrliche Wetter beeinträchtigt. Ausgenommen wurden vier Kollegen. Schon seit Wochen verurteilte die „Opposition“ Stimmung gegen den alten Vorstand zu machen, was zu heftigen Debatten bei dem Punkte „Neuwahl des Bezirksvorstandes“ führte. Die Wahl selbst endete mit einer gründlichen Niederlage der Opposition. Gewählt wurden u. a. die Kollegen A. Weverich als erster Vorsitzender und S. Wann als Kassierer. Namens des Vorstandes und der Versammlung sprach nun Kollege Kloes dem Kollegen Fr. Conradt herzlichen Dank aus für seine zwölfjährige treue Pflichterfüllung als Bezirksvorsitzender und wünschte ihm für seine neue Tätigkeit als Gewerkschaftsleiter alles Gute. Vordem scheidenden Kollegen Conradt wird die Kollegenchaft des Bezirks Mains noch eine besondere Ehrung zuteil werden lassen. Zum Schluß wurden noch örtliche und tarifliche Angelegenheiten erledigt.

Meerane. Am 29. Februar versamelte unsre Mitglieberschaft anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens die Kollegen nebst Angehörigen zu einer von prächtigem Buchdruckergeist durchwebten festlichen Veranstaltung im „Etablissement „Alberthaus“. Erlebten waren hierzu Kollegen aus Krimmlitzau, Glauchau und Zwickau. Der Bezirksvorstand war durch Kollegen Bauer (Zwickau) vertreten, während der Gauvorkand ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschsreiben gelebt hatte. In seiner Begrüßungsansprache hob Vorsitzender Alfred Wey u. a. hervor, daß Meerane für die organisierten Buchdruckergehilfen historische Bedeutung habe, da hier schon im Jahre 1868 unter Leitung des Kollegen Nemen Schneider, späteren Stadtrats in Meerane, ein „Erzgebirgischer Buchdruckerverein“ bestand, der sich dann im Jahre 1868 mit dem „Chemnitzer Buchdruckergehilfenverein“ zum Gauverein Erzgebirge-Vogland vereinigte. Ein stimmungsvoller Prolog schloß sich den Ausführungen des Vorsitzenden an. Hieran überbrachten Kollege Bauer und die Vorsitzenden der eingeladenen Mitglieberschaften dem Jubelverein herzliche Glückwünsche. Eine Anzahl Säger des Arbeitergesangsvereins „Morgenrot“ entsandte die Anwesenden durch herrliche Niederpenden ertönen und heiteren Inhalts, dadurch zur Erhöhung der festlichen Stimmung beitrugend. Ein Tanzvergnügen schloß sich an. Dem Ortsverein aber zu weiterer erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit ein herzliches Glück auf!

München. (Unbek. verpöf.) Sein 50-jähriges Berufsjubiläum konnte am 23. Februar Kollege Konrad Marxhoff begehen. Ende 1869 hat er in Ravensburg in die Lehre. In Wien trat er 1875 in den Verband. Nach Jahren der Wandererschaft hat der Jubilar 1879 nach München; hier ist er seit 22 Jahren in der Firma Z. Dönboung beschäftigt. Seltens seiner Kollegen wurden dem Jubilar nebst Glückwünschen ein Geldgeschenk überreicht. Möge ihm ein froher Lebensabend beschieden sein!

h. Osnabrück. In unser Generalversammlung am 22. Februar gedachte Vorsitzender Lemann zunächst der vier im letzten Halbjahre verstorbenen Kollegen in ehrender Weise und hob hierbei besonders die Verdienste unseres langjährigen Bezirkskassierers und Reichsfeuerwatters Heinrich Brub hervor, der unsre Kassengehälter über 40 Jahre in mühsertätiger Weise geleitet hat. Unter „Vorstandsmitteilungen“ kam dann die Lokalzuschlagsfrage zur Sprache. Osnabrück ist hierbei leer ausgegangen, obwohl sich bereits das Streikamt für eine Erhöhung um 2 1/2 Proz. ausgesprochen hatte. Das Tarifamt hat diesen Beschluß des Streikamts rückwärts revidiert. Danabrück soll danach erst 12 1/2 Proz. erhalten, wenn Hannover 17 1/2 Proz. Lokalzuschlag erhält. Die Lokalzuschlagsfrage ist aber jetzt in ein neues Stadium getreten dadurch, daß jetzt amtlich feststeht, daß an dem Bezirkskassengehe keine Änderung mehr vorgenommen wird, weil die Beamtenbesoldung auf eine andre Grundlage gestellt wird. Sie wird sich in Zukunft zusammenlegen aus Gehalt und Ortszuschlag. Dadurch ist der Grund hinfällig, den Lokalzuschlag für Hannover von dem Ausrichter in eine höhere Prozentsatz abhängig zu machen. Die Vorstandswahl erledigte sich glatt und der alte Vorstand führt bis auf eine Ausnahme die Geschäfte weiter. Bei einem Jahresrückblick konnte der Vorsitzende die freudige Mitteilung machen, daß die Versammlungen durchweg einen sehr guten Besuch aufzuweisen gehabt hätten. Möchten die Kollegen dieses Interesses auch fernerhin in den Vordergrund stellen. Bei einer Ausprache über das Betriebsratsgesetz wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, dem Gesetze das größte Interesse zuzuwenden. Nach Erstattung des Gewerkschaftsberichts sowie einiger interner Angelegenheiten wurde die abschließende Versammlung geschlossen.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Tarifamtsadresse während der Tarifauschuhführung. Während der Verhandlungen des Tarifauschusses sind dringend, nicht abschließbare Angelegenheiten, deren Erledigung durch das Tarifamt zu erfolgen hat, nicht nach Berlin, sondern nach Leipzig an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker im Buchgewerbehaus, Dolsstraße, zu adressieren.

Gehilfenprüfung. Vor dem Prüfungsanschusse der Handwerkskammer zu Gera legten diese Ostern 21 Lehrlinge, 18 Seher und 3 Drucker, die Gehilfenprüfung ab. Davon waren 10 aus Gera, je 2 aus Schütz und Roda, je einer aus Hirschberg, Würzbach, Erlebes, Rohenstein, Klosterlausnitz, Kahlja und Ronneburg. Die Anfertigung der praktischen Arbeit, die bisher stets in den Lehrdruckereien stattfand, wurde dieses Jahr wegen der Verkehrserschwerung in Gera Druckerleuten vorgenommen. Die Bewertung, die nach einem gut durchdachten Punktsystem erfolgt, ergab folgende Noten: „Gut“ 4, „Stemlich gut bis Gut“ 7, „Stemlich gut“ 6, „Genügend bis Stemmlich gut“ 3, „Genügend“ einer. — Am 25. April fand die Gehilfenprüfung der Buch- und Steindruckerei für den Regierungsbezirk Osnabrück statt. Es unterzogen sich ihr 16 Seher und 3 Drucker. Diese verteilten sich auf die Orte Bad Essen 2, Bunsheim 1, Bramsche 1, Dissen 2, Melle 1, Osnabrück 10, Schüttorf 1 und Werle 1. Die Prüfungsergebnisse waren im praktischen Teil eintmal „Gut“, dreimal „Statt gut“, zweimal „Genügend“, zweimal „Statt genügend“ und einmal „Ungenügend“; im theoretischen Teil fünfzehnmal „Gut“, einmal „Statt gut“ und dreimal „Genügend“. Von den jungen Gehilfen muß einer sich in drei Monaten nochmals der Prüfung unterziehen.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Merkesheim bei Grünhagen (Meinplatz) wurde Kollege Johannes Erbenach in den Gemeinderat gewählt. — In Halle a. d. S. wurde Kollege Fritz Richter als Geschworener ausgelost.

Der erste Lehrstuhl für biologische Medizin. Auf den ersten der von der Preussischen Landesversammlung einstimmig geforderten Lehrstühle für biologische Medizin hat der preussische Kultusminister den Berliner praktischen Arzt Dr. med. Schönberger berufen. Natürlich hat das nicht die Sanktion der orthogonen Medizin gefunden, da der neue Hochschulsprofessor ursprünglich Volkshochschullehrer war. Er widmete sich der sogenannten Naturheilkunde, studierte, unterstützt von dem verstorbenen Großherzog von Baden, Medizin und ist seit 1890 als Arzt tätig. Weiten Stellen ist Prof. Sch. durch seine Schriften für sexuelle Hygiene und Erziehung, durch sein Werk „Lebenskunst — Selbsthilfe“ sowie durch seine langjährige Tätigkeit als Redakteur des „Naturarzt“ bekannt geworden.

Anmeldung der Ansprüche der Kriegsverwundeten der „Volkshilfe“. Der Vorstand der „Volkshilfe“ richtet an die Kriegsverwundeten bzw. deren Verwandte oder Bevollmächtigten nachfolgende dringende Aufforderung, alle Ansprüche an den Kriegsverwundetenfonds bis zum 17. Juni und solche an die Kriegsverwundetenkassen bis zum 17. Juni bei der Hauptgeschäftsstelle der „Volkshilfe“, Hamburg 5, zu melden. Spätere Meldungen müssen unberücksichtigt bleiben. Die Korrespondenznehmer (Genossenschaften und Gewerkschaften) haben dementsprechend ihre Maßnahmen zu treffen. Für vernichtete Erträge gelten dieselben Grissen und müssen die Antragsberechtigten von den Behörden, wo die Verlustlisten ausliegen, eine Bescheinigung fordern, daß der Betreffende als vernichtet in der amtlichen Verlustliste steht und diese mit den übrigen Papieren der „Volkshilfe“ einreichen.

Verschiedene Gänge

„F. G. 2.“ Mitteilungen der Zentralkommission der Preisen (Kontrollrat) des Reichs. Frankfurt a. M. Erscheinen am 1. jeden Monats. Nr. 2. 1. Jahrgang.

„Schiffbrüche.“ Zeitschrift für internationale Kommunismus. Herausgegeben von Gullon Borsardi. Nr. 11. 5. Jahrgang. 1920. Erscheint alle zwei Monate. Preis 70 Pf. Verlag der „Wirtschaft“, Berlin-Weißensee, Hedemannstraße 1.

„Der Naturarzt.“ Nummer 3. Jahrgang. Erscheint am ersten jeden Monats. Preis jährlich 4 Mk., Einzelnummer 35 Pf. Verlag: Verlag S. W. H. Tempelhof Nr. 22.

„Einleitung eines Programms der I.S.P.“ Von Dr. F. Brod. 71 Seiten. Preis 3 Mk. Verlag: Gesellschaft und Erziehung in Berlin-Schlesien.

„Maler und Liebes.“ Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Beförderung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Eulian Schömann. Verlag für soziale Leben, Berlin, Rosa-Schülerstraße 27. Einzelheft 10 Pf.; die Seite 1 — 3 im Abonnement 1,20 Mk. Jede Zeitschrift erscheint zunächst in unangeforderter Folge. Nr. 1 bietet fünf kleinere Aufsätze.

Briefkasten

M. Z. in N.: 3,60 Mk. — **P. Z. in N.:** 2,60 Mk.

Der Genossenschaftliche Bauverein in Weimar (einmalige Beiträge 40 Pf., jährliche Beiträge 20 Pf., Postkarte 10 Pf.) ist bei allen Einzahlungen erforderlich, da wir kein Staatspapier leisten können und deshalb alles zurückgehen lassen, was ungenügend frankiert ist.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamielplatz 5 II. Fernsprecher: Alvi Kurpfalz, Nr. 1191.

Gau Bayern. (Generalversammlungs-Delegiertenwahl) Abgegeben 492 Stimmen; absolute Mehrheit 249. Es erhielten Stimmen: Christian Baumgärtner (München) 3749, Stefan Reichardt (München) 4211, August Schilling (München) 3963, Heinrich Friederich (München) 3955, Hans Kemmerich (München) 4439, Joseph Heide (München) 2684, Georg Maier (München) 3356, Theodor Richter (München) 2389, Fritz Müller (Kempten) 3763, Georg Koenig (München) 2962, Ludwig Reimer (München) 3762, Paul Rehrheller (München) 2423, Eugen Ruf (München) 3058, Joseph Edlbauer (München) 3834, Karl Eßner (Kempten) 3367, Michael Schindler (Regensburg) 4093, Matthias Schumacher (Regensburg) 4200, Edwin Eismann (München) 2976. Die elf durch Sprerdruck hervorgehobenen Kollegen sind als Delegierte gewählt, die Leiden in Elmsmühl folgenden sind Ersatzmänner.

Gau Dresden. (Generalversammlungs-Delegiertenwahl) Bei der Hauptwahl wurden abgegeben 2166 Stimmzettel, 40 davon ungenügend mit 1812 Stimmen. Bei der Stichwahl wurden abgegeben 432 Stimmzettel, 11 waren ungenügend. Gewählt wurden: Otto Schröder (Dresden) 1219, Friedrich Kieder (Blau) 1156, Albin Freilich (Dresden) 1115, Albert Lehmann (Dresden) 1101; weiter erhielten Gustav Giesler (Dresden) 752, Oskar Göl (Dresden) 655, Fritz Gölke (Bautzen) 678, Max Rükauer (Großenhain) 537 Stimmen.

Gau Hamburg-Altena. (Generalversammlungs-Delegiertenwahl) Abgegeben 2019 Stimmzettel, davon ungenügend 19. Absolute Mehrheit 1010. Es erhielten: Fr. Runkler 1729, J. Piech 1727, G. Erdhorner 1548, G. Kolliger 1480, M. Marrens 1489, H. Peters 1122, P. Rump 1079, H. Schnell 805, S. Göttsch 757, W. Reindorf 701, M. Gohn 675, W. Bruhn 667, geschriftlich 75 Stimmen. Gewählt sind die ersten fünf Kollegen, die nächsten beiden sind eventuell Ersatzleute.

Gau Leipzig. (Generalversammlungs-Delegiertenwahl) Es sind gewählt: Oskar Kiermann, Wolf Sauffel, Paul Böhler, Bruno Dreßler, Albin Dornhelm, Leopold Heilke, Jakob Hiller, Albert Meyer, Karl Römer, Max Gühr, Romeo Thierme, Wolf Degenitz.

Gau Thüringen. (Generalversammlungs-Delegiertenwahl) Abgegeben 244 Stimmzettel, davon weiß 41, ungenügend 6. Es erhielten Stimmen: Prox (Weimar) 2184, Lehmann (Saumburg) 1706, Feußel (Gera) 1649, Glange (Gera) 1638, Martin (Gera) 1512, Claus (Gotha) 1284, Wislaug (Altenburg) 1208, Weßelmann (Möbber) 840. Die ersten fünf Kollegen sind gewählt. Als Ersatzmänner gilt Kollege Staub.

Gau in der Saale. Durch den am 18. und 19. April in Halle tagenden Gaukongress wurde der Kollege Max Gabriel (Halle) an Stelle des in den Hauptkongress getretenen früheren Inhabers der Stelle mit 61 von 81 insgesamt abgegebenen Stimmen zum Gauverwalter gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank. Kollege Gabriel trat das Amt am 3. Mai an und sind nunmehr alle Bezirksämter in Verwaltungszugehörigkeit, wobei usw. nur an seine Adresse, Gaudureau, Kleine Klausstraße 7 I, zu richten.

An die Kollegenschaft Leipzigs! Als ich schon sind die Bemerkungen zu den weiteren Gängen der „F. G. 2.“ in gewohnter Weise so zahlreich, daß die Betreuer der nur mit knappen Veranlagungsmitteln krieglichen Aufhebung des „Der“ „Diktatoriums“ und ihrer überraschend schnellen Durchführung eine schwere Quälfrucht erleben. Nun können auch die bekannten inwallen Ausdrücke milder beschlagnahmt werden. Es noch ausstehenden Einreichungen sind zur Vermeidung von Störungen schnellstens an Kollegen Rudolf Witten bei Radetzki & Sille, Salomonstraße 8 (Hinterhof), abzugeben. Nachlieferung bei der nächsten Auslieferung. Abrechnung am Sonntag, 8. Mai, im Restaurant Preßlich, Kahlstraße 20, nach Geschäftsabschluss. Der Aktionsausschuß. [370]

Praktische Spindel- und Einfaltblechreiner für Antriebsmaschinen (D. N. G. M.) empfiehlt Hermann Büsch, Franka 10, Werbau 1, Ca. In über 100 Betrieben in Gebrauch. Preis 8 Mk. Leicht auswechselbare Rollen- und Spindelrollen. Preis 4,50 Mk. Poros und Verpackung 80 Pf.

Soeben ist eine aktuelle Schrift erschienen:

Der Schriftsetzer

im neuzeitlichen Druckereibetrieb

Mit Bindung:
Die Berufsprache des Schriftsetzers

72 Seiten Oktav, broschiert, Preis 2,50 Mk. (Porto 20 Pf.). Gegen Nachn. oder Vorkaufsendung (Postschekkonto 19039 Stuttgart) zu beziehen von / Joseph Seidel, Neustadt (Westf.), Mauerstraße 37. [239]

Schweizerdegen [354]
(Koffer Einleger), sucht für sofort
Fritz & Nappert, Oshausen a. M.

Schriftsetzer [362]
Sucht, Union Deutsche Verlags-Gesellschaft,
Erlangen.

Zur Zeit als [359]
Berichterstatter und
Zeitungsmesseur
in kleiner Zeitung tätig, sucht ähnliche
Stelle oder als

Inferantensetzer
regelmäßig wohnhaft
Karl Schwaninger, Altona b. Hamburg.

Jungler, Dresdener
Schriftsetzer
durchaus selbständig, sucht zum 1. Juni
Stellung, am liebsten in einer Klein-
druck. Off. Angebote erbeten an [353]
Wilhelm Bender, Paderborn,
Königsstraße 5.

Schriftsetzer [359]
21 Jahre alt, sucht sofort Stellung. Gleich
wobin! Off. Angebote erbeten [356]
Paul Oehl, Glas (Schlesien),
Böhmische Straße 28.

Korrektor
nachweislich auf allen Gebieten gut durch-
gebildet, nachweislich mit Lehrberechtigung,
1. a. Zeugnisse aus ersten Häusern,
sucht per bald in Berlin Stellung. An-
gebote unter Nr. 367 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Rotationsmaschinenmeister
(erste Kraft)
verheiratet, mit Maschinen bis 32 Seiten
vertraut, in Flachdruck und Stereotypie
erfahren, sucht Stellung, eventuell als
Obermeister. Beste langjährige Zeug-
nisse zur Verfügung.
Angebote unter Nr. 363 an die Ge-
schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenband
Friedensqualität, liefern
Bauer & Hoff,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112. [67]

Jungler Schriftsetzer
Sucht Arbeit. Angebote unter Nr. 334
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Berliner Korrektorenverein
Sonntag, den 11. Mai, abends 7 Uhr,
im „Graphischen Vereinshaus“, Altona-
drinnenstraße 44:

Verammlung

Tagesordnung: 1. Neuannahmen.
2. Vereinsmitteilungen. 3. Antrag: Vor-
setzung der Vereinigungen auf die
Sonntagvormittag 6 u. 4. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwünscht!

Der Vorstand:
361

Reißfaden zum Aufbau der Jurisprudenz
in allen Druckerien auf
Schnelldruck. Preis, geb. 3 Mk.
2. Einleitung des Inhalts
Natgeber des Benutzers auf alle
Papierarten, polir. 2,10 Mk. b. Vorordn.
Nicht mehr aber praktisch und
arbeiten Sie im neuen Jurisprudenz-
Arbeitsplan. Einz. Schrift
2,80 Mk., geb. 3,80 Mk. (Nachn. 40 Pf. m.)
M. Neum, Stuttgart, Hohenzollern-
straße 2. Postschekkonto 18612. [69]

Zu kaufen gesucht:
Katalognmaschinen, Schneidmaschinen,
Schnelldruck, Ziegel usw.
[69]

Vermittler Provisoren
Säkulum-Verlag
Berita SO 16, Straußstraße 10,
Telephon, Moritzplatz 14330.

10 Proz. Monatsraten
für folgende Werke: [363]

Echtheit	3 Bde., geb. 65	Mk.
Stamm	„ „ „ „ „ „ „ „	80,50
Regenmann	„ „ „ „ „ „ „ „	90
Meyer's Handlex.	1 Bde., geb. 60	„
Rechtswörterb.	„ „ „ „ „ „ „ „	90
C. B. Otto & S.		
Berlin-Mitte-Straße 16.		

Kollegen! Empfehle meinen
Rauchtobak
(Mittelst.) Marke „Kosmos“ 24,50 Mk.,
„Joker“ 28,50 Mk., „Haseke“ 29 Mk.,
pro Pfd. (bei 5 Pfd. Franks- & Jule-
burg); ferner

Zigarren
In den Preislagen von 75, 85, 100,
110 bis 140 Pf. pro Stück (bei 300 Stück
franko); dgl. Zigarillos 45 u. 48 Pf.
pro Stück, sowie

Zigaretten
(ohne Füllungsstück) von 20, 22, 23,
30 bis 50 Pf. pro Stück (bei 500 Stück
franko).
Diese Anerkennungs-schreiben sind täg-
lich Nachbestellungen!
Ein Versuch überzeugt!
Spezialität: Lieferung an Betriebe.
Tabakverwand „Donus“
München, Schwandlauer Straße 63.

Verbandsnadeln
Graphische Werkzeuge
Werkzeughäfen, verlässlich, für
Mischmaschinen, Setzer empf. I. bel. Qual.
Kollege Max Neigel, Leipzig, Schiller-
Platz, Nr. 5 II. Preislisten gratis.

Wieder vorrätig!
Klaue
ff. emaillet 4,50 Mk.
Verbandsnadel
fünffarbig, mit den Buch-
staben „V. A. D. B.“ 5,50 Mk.
Seidenband
Kleinfarbig, Meter 1,75 Mk.
Verlag des B.-V. d. D. B. GmbH
Leipzig, Salomonstraße
Postschekkonto Nr. 53450
Fernsprecher 12789.

Am 26. April verstorben nach
langer Krankheit folgendes
Lungenerkranktes
der Drucker [364]

Arnold Boyen
aus M. Gladbach, im Alter von
26 Jahren.
Es werden ihm ein dauerndes
Andenken bewahrt.

Ordnungsverwalter,
Bezirksverein Wetzlar.

Am 1. Mai verstorben nach kurzem
Krankheitslager an der Grippe
unser lieber Kollege, der Drucker

Blasius Breitenbach
aus Offenbach, im Alter von
32 Jahren. [351]
Außerdem erblicken wir erst
jetzt die traurige Nachricht, daß
unser lieber Kollege, der Setzer

Anton Neubert
aus Mühlheim a. M., bereits am
27. September 1918 im Alter von
35 Jahren auf dem westlichen
Kriegsgrabplatze gefallen ist.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt Ihnen
Bezirksverein Frankfurt a. M.

Nur durch genaueste Kenntnis
des inneren Menschenbe-
halten Sie Ihre Gesundheit.
Bestellen Sie daher die dar-
anatom. Modelle des männl. u. weibl.
Körpers 1,4, 500 Mk. Nachn. extra. Zuscher-
„Hirsch“, Friedrichstraße 6, Wetzlar. [365]

Blamabel
für jeden ist es, Fremdbestrafung falsch zu
gebrauchen oder falsch auszusprechen. Be-
stellen Sie daher noch heute „Blamabel“
neues vollständiges „Fremdbestrafung“
mit genauer Bezeichnung u. Aussprache-
beispiel. 1,1, 85 Mk. Nachn. extra. Zuscher-
„Hirsch“, Friedrichstraße 6, Wetzlar.

Für die Preisberechnung
und Kalkulation von Druckarbeiten emp-
fiehlt geeignete Formblätter der Graph.
Verlag A. Siegel, München 8. — Kata-
log 50 Pf.

Zum
50 jährigen Berufs Jubiläum
unsern lieben Kollegen [357]

Karl van den Hoogen
(genannt Dime)
aus Krefeld, in Konfession bei der
Firma Gehr. Thönes, Düsseldorf
**die herzlichsten Glück-
und Segenswünsche!**
Mehrere Kollegen.

Drei Wochen nach seinem
Verstorben verstarb nach nur
kurzzeitigem Kranksein an Ge-
hirnleiden der Ehemann [339]

Mag Wilpert
aus Breslau, im Alter von
18 Jahren.
Es werden ihm ein dauerndes
Andenken bewahrt.
Ordnungsverwalter,
Bezirksverein Wetzlar.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 50 — Leipzig, den 8. Mai 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Bekanntmachung

Nach § 21 der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 12. Februar 1920 betreffend Abänderung der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern (Reichsgesetzblatt Nr. 33, S. 216) sind für Streikigkeiten, die über einen Anspruch auf Wiedereinstellung (§§ 3—8 Absatz 1, § 11) oder auf Fortsetzung oder Erneuerung des Dienstverhältnisses (§§ 10, 12, 13 und 18 der Verordnung vom 3. September 1919) entstehen, ausschließlich die Schlichtungsausschüsse zuständig. Unsere Schiedsstellen dürfen deshalb in diesen Klagen nicht mehr Recht sprechen. Alle andern Klagen gehören vor unsere Schiedsgerichte.

Die Mitglieder der Tarifgemeinschaft werden gebeten, hierauf Rücksicht zu nehmen und Klagen solcher Art bei unsern Schiedsstellen nicht mehr einzureichen.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Klagen dieser Art, die bei den Schiedsstellen noch liegen und für die ein Verhandlungsstermin noch nicht angelegt ist, sind an die Parteien zurückzureichen.

Berlin, 28. April 1920.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Willein Robert Braun
Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.
— Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Weiteres zur Situation

XVII.

Stille zum Falle Bremen

Nachdem in Nr. 48 der Geschäftsleiter des Tarifamts in seiner nach beiden Seiten bekannten, den Dingen niemals ausweichenden Objektivität zum Bremer Konflikt ein ausgeglichenes, auch sonst sehr klärendes Kapitel beigefügt hat, kommen wir jetzt zu der unheimlich, aber so doch ganz gern verhandelbaren Schlussrede. Die bereits erschienenen Abschnitte: „Der Verlauf des Bremer Konflikts“ in Nr. 46, „Prinzipielles zum Falle Bremen“ in Nr. 45 und schließlich noch „Prinzipielles zur Lösung des „Korr.“-Brüchigen Aktionens gegenüber“, gehören vorweg in Erinnerung gebracht.

Man ging hierbei besonders von der Erkenntnis aus, daß ein Erfolg der Bremer Kollegen Anlaß an einer allgemeinen Lohnregulierung für das ganze Reich geben würde — das glauben in einer nicht gut definierbaren Umfassung die neuen Männer in Bremen der deutschen Kollegenchaft sagen zu dürfen, die sich gerade in einer für uns heutigen Verhältnisse einfach imponierenden Geschlossenheit dahin entschieden habe, wie der einstweilige Abschluß einer Lohnregulierung für das ganze Reich in einer dem Vorteil der Gesamtheit wenigstens ohne Opfer währenden Warte sich vollziehen sollte. Die gewerkschaftliche Erlaubnis geht doch dahin, daß das Vortragen unserer Positionen unter künftiger Schonung der eigenen Kräfte zum möglichst frühen Wachen der Allgemeinheit führen soll. Zum Kampf aber überzugehen, wenn die Möglichkeit einer Niederlage auch für die hinteren Reihen wahrscheinlich ist als ein Sieg, und wenn man überdies weiß, daß er entgegen der allgemeinen Parole geführt werden soll, die schon am 6. März in unserm ersten Artikel zur Situation sehr deutlich ausgesprochen war, und wenn man sich ferner bewußt sein muß, daß draußen bei der Kollegenchaft durch ein solches Vorgehen nicht der Glaube an die Solidarität gestärkt werden kann, sondern lokaler Egoismus als Triebfeder für die Loslösung von der einheitlichen Marschrichtung angenommen werden muß, so sehen doch hier gewerkschaftliche Schulung und gewerkschaftlicher Disziplinismus in einem derartigen Widerspruch, daß alle Nachbeter des Schlagworts von der Notwendigkeit größerer Hervorhebung des Kampfcharakters ernstlich gefestigt sein müßen, den Fall Bremen als ein Schulbeispiel anzusehen, wie es nicht gemacht werden darf. Wenn neue Männer auch an andern Orten daran rüchig lernen wollen, und wenn vor allen Dingen die Massen das ihnen von gewisser Seite gern gepredigte Bebel'sche Wort (Magdeburg 1910) vom berechtigten Mißtrauen gegen die Führer ausgleichend auf die anwenden würden, die ihnen mit

solchen Verheißungen, wie der älteste aus Bremen kommen, die allerdings einen späteren Nachlaß finden damit: „Wir wissen, daß eine Niederlage unerwünscht eine Niederlage der gesamten Lohnbewegung überhaupt sein würde“, was ja auch nicht stimmt, aber doch wirklichkeitsnäher ist als die erstere überhebende These, dann kann die Erkenntnis von der Gefährlichkeit eigenmächtiger Willküraktionen für die Gesamtheit gefördert werden. Daß der Nürnberg Gewerkschaftskongress 1919 sich mit allen gegen nur eine Stimme gegen wilde Streiks erklärt hat, möge bei dieser Gelegenheit wieder betont werden, obwohl diese Tagung doch zu einem reichlichen Urteil aus Vertretern der radikalen Strömung zusammengesetzt war.

Die, wenn sie überhaupt gelingen, lediglich einen kleinen lokalen Vorteil bringenden wilden Streiks gehen zudem in den meisten Fällen auf Kosten der Allgemeinheit, von der man sich durch das Wandeln auf eignen Wegen doch eigentlich getrennt hat, der gegenüber nur ein Disziplinieren will und der man solchermögen auch die Solidarität auflöst. Diese Solidarität der Allgemeinheit weiß man aber zu finden und zu schützen, wenn es sich darum handelt, Geldmittel zu beschaffen. Wir haben in Nr. 44 schon eine frühere Auslassung von uns über den eklatanten Widerspruch gebracht, daß der Verband für brüchige Aktionen keinerlei Unterstützung gewährt, wenn sie der allgemeinen Rücksicht zuwiderlaufen, daß aber durch brüchige Bewilligungen oder Sammlungen diese Stellungnahme der Verbandsstelle wieder hinfällig gemacht wird. Ebenfalls in Nr. 44 haben wir allert, daß die Gauvorsitzendenkongress im Dezember 1919 aus Anlaß des Falles Königsberg dem einen Regel vorgeschoben hat, weil etwas anders zur Unruhe in der Gewerkschaft führen müßte. Der Fall Bremen hat nun den Beweis erbracht, daß wir im eigenen Interesse des Verbandes zu voller Klärung darüber gelangen müssen, was in unserer Organisation rezipiens sein soll: der nach dem Allgemeininteresse und nach der allgemeinen Entscheidung gerichtete Standpunkt des Verbandsvorstandes (siehe Aufsatz in der Nummer vom 1. März) oder der alles dies mißachtende Wille einer ganz knappen brüchigen Verammlungsmehrheit, für dessen Durchsetzung man sich dann die nötigen Gelder auf dem modernen Wege „hintenherum“ zu verschaffen weiß.

In seinem Rundschreiben über den Bremer Konflikt erklärt der Verbandsvorstand deshalb mit Recht, die Generalversammlung müßte die „notwendigen Festlegungen“ treffen, damit solche Vorgänge sich nicht wiederholen. Wie sehr das schon von rein organisatorischen Standpunkt aus ein Gebot der Zeit ist, zeigt wohl die Art der Anbringung der Gelder für Bremen. Das, was für solche Fälle die letzte Gauvorsitzendenkongress als maßgebend angesehen hat, ist meistens durchbrochen worden in den um Unterstützung angeprochenen Orten, was — auch eine bedenklliche Weigerung — durch Herumreisen einiger Sendboten von Bremen aus erfolgte. Bei den gegenwärtigen Fahrpreisen ist das eine kostspielige Sache. In der Hamburger Verammlung wurde eine obilige Vorführung gegen den „Korr.“ erreicht, in der Dresdener allseitig bas nicht so; von anderswo sind wir nicht unterrichtet. Wie die Mitglieder in diesen Städten über die ihnen auferlegte Kontribuktion für Bremen denken, haben wir schriftlich und mündlich erfahren; in Leipzig war sogar ein Vortrager, Erhöhung von 5000 auf 10000 Mk. einstreifen zu lassen (die „Sellschritt“ machte schlank 20000 daraus), in der nächsten Verammlung selbst fast drauf und dran, „abzubauen“. Man hat in einzelnen Fällen Beitragserhöhung zwecks Wiederbringung der bewilligten Gelder unter Mitberanziehung anderer Zwecke vorgenommen, in andern wurde direkt als „Sondersteuer für die Bremer Kollegen“ der Beitrag erhöht. Das ist, wie nochmals gesagt werden muß, nicht zu verwechseln mit der Stellungnahme der Gauvorsitzendenkongress vom Dezember. Die Konsequenzen gehen aber noch weiter. Es sind zunächst Zahlungsverweigerungen vorgekommen; ganz seltene Verbandsmitglieder erklärten, man könne von ihnen nicht die sonst nicht überwindliche gewerkschaftliche Disziplin verlangen, da sie in Bremen nicht gewahrt worden sei, wo man keine Solidarität mit der Allgemeinheit gelte habe. Ist es nicht eine arme Zwischstufe, da nun Ordnung zu schaffen, den einen Teil etwa freizusprechen, den andern jedoch zu verurteilen? Man kommt schließlich von Bremen und will in „Korr.“ eine Liste veröffentlichen über die erhaltenen Unterstellungen in einer von der Verbandsstelle für nichtunterstützungsfähig erklärten Angelegenheit, es folgt daraus eventuell eine Auktion zwischen gleichgroßen Mitgliedern wegen der unentbehrlichen Bewilligungen. Es müßte ja alles außer Rand und Band kommen

in der Organisation, wenn es nicht bei dem einen Falle Bremen bleiben würde. Es muß also von der Generalversammlung klar entschieden werden, daß nur der Wille der Gesamtheit und die Interessen der Allgemeinheit den Entscheidungskreispunkt unserer gewerkschaftlichen Kampfes zu sein haben.

Wollte Klarheit und eine blühende Rücksicht zu schaffen, ist auch in bezug auf den „Korr.“ notwendig. Nach dem Willen der Dezembergauvorsitzendenkongress sollen solche Vorgänge für das Verbandsorgan nicht existieren, was ja auch unserer bisherigen Handhabung entsprach. Allerdings hatten wir schon einige Male deswegen Vorwürfe über Unterdrückung zu hören bekommen. Der neue Bremer Vorstand bringt durch eine ganz unübliche Handlungsweise die Generalversammlung nun zu einer klaren Entscheidung. Wie Kollege Schliebs in seinem Artikel schon andeutete, hat man ihn wegen seiner aus Anlaß der in Nr. 48 erörterten großen Drohnote des Deutschen Buchdruckervereins an die Bremer Gehilfenleitung im sozialistischen Tone gerichteten Mahnung öffentlich bloßzustellen versucht. Das ist geschehen, indem der Bremer Bezirksvorstand der „Freiheit“ in Berlin eine Note zur Veröffentlichung übergab, in deren Mittelpunkt das gedachte Telegramm von Schliebs steht. Die gewerkschaftliche Redaktion der „Freiheit“ hat sich nicht entschlossen, die Einfindung aufzunehmen (17. April), was ein Seltenes ist zu der bekannten, in Nr. 20 reproduzierten großen Schmähung der organisierten Buchdrucker überhaupt. Der in Bremen jetzt herrschende Gewerkschaftsdilettantismus charakterisiert sich durch die dem Kollegen Schliebs belagerte Eigenschaft als Verbandsinstanz mit der schlimmen Unterstellung, daß dadurch den Unternehmern der Rücken gestützt werde. Wörtlich heißt es:

Unsere eignen Instanzen erschweren uns somit eminent unsern Wirtschaftskampf. Wir bringen diese Tatsache der Kollegenchaft Deutschlands auf diesem Wege zur Kenntnis. Wir sind gezwungen, uns an die Arbeiterpresse zu wenden, da wir zu unserm eignen Verbandsorgan nicht das Vertrauen haben, daß diese Seiten Ausnahme finden. Begründet ist dieses Mißtrauen dadurch, daß unser Verbandsorgan nicht einmal die rein sachlich gehaltenen Berichte vom Bremer Streik zum Ausdruck brachte.

Daß wir die gegen Schliebs bzw. „gegen seine Verbandsinstanzen“ gerichteten Einträge nicht in den „Korr.“ gelehrt hätten, ist eine ganz richtige Annahme. Wenn nach Abschluß des Bremer Konflikts für den neuen Vorstand das Bedürfnis noch bestand, dem „Korr.“ auch in der allgemeinen Öffentlichkeit, einem ganz ununterrichteten Publikum gegenüber, eins auszuweisen, so übertrifft diese Sache noch die in Buchdruckerverammlungen gegen uns entfallene. Wir müssen danach darauf dringen, daß in Nürnberg die Stellungnahme des „Korr.“ zu wilden Streiks stillp und klar vorgezeichnet wird. Eins nur kann richtig sein für uns, danach richten wir uns dann auch; wir müssen genau wissen, auf welcher Basis wir zu arbeiten haben! Obendrein hat der Bremer Vorstand die „Freiheit“ hineingelegt mit seinen Behauptungen gegen den „Korr.“. Wir sind tatsächlich weiter gegangen, als wir dürfen, haben das ja schon einmal mit den außerordentlichen Verhältnissen nach dem Kapp-Putsch motiviert. Wir haben zum Ausdruck gebracht eine uns am 24. März von dem neuen Vorstande zugegangene Einfindung am 27. März; sie ist geführt worden wie andre auch. In Interesse der kämpfenden sind Stellen fortgelassen, wie sie jetzt vorausgehend besprochen wurden und in einer früheren Nummer mit einigen andern Sätzen ebenfalls schon allert worden sind. Sie hätten ganz bestimmt solchen Widerspruch hervorgerufen, daß der Bremer Sendboten die Geldquellen sich nicht so erschlossen haben würden bei ihrer Rundreise. Dann haben wir am 30. März eine noch vom alten Vorstand ausgehende, am 22. März hier eingegangene Schilderung, wie der Konflikt entstand, ohne wesentliche Stellungen gebracht. Da wir dann von Bremen aus nichts weiter hörten, haben wir nach der Tagespresse am 15. April selbst über den Konflikt berichtet, wie das schon am 13. März nach seinem Ausbruch geschehen war. Aus dem uns mehrere Tage erst nach der Beendigung zugegangenen Zeitungsartikel ist am 29. April alles Wesentliche erschienen. Die neuen Männer in Bremen verstehen also nicht einmal das Anshwären ihres Verbandsorgans in der Öffentlichkeit so, daß sie dabei nicht hincinfallen. Es ist wirklich hohe Zeit, daß in Nürnberg ein kräftiges Gewillke die Verbandsatmosphäre reinigt!

Die „Sellschritt“ hat sich natürlich ein Stückchen gefant mit dem Falle Bremen. Der „Korr.“ kam auch daran;

wie hätten die Gehilfen „erwartet bzw. direkt aufgefodert, sich über den nun von beiden Tarifparteien angenommenen Schiedsspruch hinwegzusetzen und höhere Ansprüche zu stellen“. Das wurde aus einer einfachen Konstellation von zwei Zeilen über den Stand der Dinge in Bremen geklärungslos, nachdem zuvor nahe Stellungnahme schon ganz zweifelhaft zu erkennen gegeben war. Eine Einleitung von Düsseldorf wurde der Redaktion als eigene Meinung angekreidet. Die „Zeitschrift“ hatte also viel Pech mit diesen „Beweisführungen“ gegen uns. Die Schlussbetrachtung des Prinzipalsorgans über den Fall Bremen endigt mit folgendem Satz:

Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß unter solchen Umständen nicht fernerhin Abmachungen im Tarifauschusse getroffen werden können. Entweder muß Gewähr für unbedingte Einbindung der Abmachungen seitens der Gehilfenschaft gegeben werden, oder die Prinzipale müssen sich vorbehalten, allgemein von den Abmachungen zurückzutreten, wenn diese von einzelnen Gehilfenschaften gebrochen werden. Hierüber wolle Klarheit zu schaffen ist die wichtigste Aufgabe der bevorstehenden Beratungen in den Vereinsinstanzen und im Tarifauschusse.

Die Bremer Gewerkschaftsstrategen sitzen während der Tarifauschubverhandlungen weit vom Schuß. Die Gehilfenvertreter können sich wieder mit der Sache abquälen, die sie freilich doch zu einem andern Ausgange, wie von der „Zeitschrift“ erwartet, bringen werden.

Die einschlebane Stellungnahme des Gauslags Abteilungs-Vereins gegen örtliche Bewegungen, die aus dem Rahmen des allgemeinen Vorgehens fallen, bietet schon einige Gewähr, daß mit diesen die Arbeit der Gehilfenvertreter so sehr erschwerenden Erscheinungen nun wohl die schlimmste Periode vorüber ist.

Prinzipalsseitiges Sondervergehen

Die Prinzipale in Bielefeld — und Münster? — hatten sich geweigert, die vom Kreisamt II ihnen einstimmig auferlegte Sonderzulage bei der allgemeinen Regelung der besonderen Verhältnisse im beidseitigen und im Industriegebiete zu bezahlen. Sie wollten auch aus dem Deutschen Buchdruckerverein austreten. Auf Gehilfenseite war infolge dieses Verhaltens Konfliktstimmung vorhanden. In einer erneuten Sitzung des Kreisamts kam jedoch eine Verständigung zustande, die allerdings unsern Kollegen immer noch etwas nimmt von dem ursprünglichen Zugeständnisse.

Prinzipalsseitiges Verblüden von Ausgehörnen an die Gehilfen

In Halle a. d. S. ist der Geschäftsführer der Firma Krümmel-Seller — der Firmeninhaber hat seinen Wohnsitz in Charlottenburg — den Prinzipalen ein arger Dorn im Auge, weil er Gehilfenforderungen gegenüber sich zugänglicher verhält. Mitte März landete die Vereinigung satirischer Drucker eine böse Anschuldigungsschreiben nach Berlin, weil ihr Geschäftsführer den Schiedsspruch des Reichsarbeitsamts anerkannt hätte! Man hat in einem andern Zusammenhang für den Fall der Entlassung des Geschäftsführers dem Firmeninhaber sogar eine eventuelle Entschädigung angeboten, hat der Firma die Papierversorgung sperren wollen usw.

Was sagt man an leitender Prinzipalsstelle zu solchen Praktiken? Wie denkt die „Zeitschrift“ darüber? Die Prinzipalität hat gar keine Veranlassung, sich auf das hohe Ross zu setzen und auf die Gehilfenschaft Verurteilungen herunterzulassen zu lassen. Das haben diese hiermit endenden Situationsartikel jedenfalls klärend dargestellt.

Aus dem Schriftgießergewerbe

Seit im Jahre 1914 Friedrich Bauer (Hamburg) im Auftrage des Vereins Deutscher Schriftgießereien zur „Zugra“ die „Chronik der deutschen Schriftgießereien“ herausgeben ließ — eine äußerst heilige, sehr gedruckte Arbeit —, ist in diesem Zweigergewerbe des deutschen Buchdrucks ein Konzentrationsprozeß abgelaufen vor sich gegangen. Damals gab es in 17 Städten 64 Handels- und Kausgießereien, und zwar in: Altona 1, Berlin 9, Breslau 1, Braunschweig 1, Dresden 1, Frankfurt a. M. 6, Hamburg 2, Hannover 4, Köln 1, Leipzig 23, Magdeburg 2, München 2, Nürnberg 1, Offenbach 3, Straßburg 1, Stuttgart 3, Weimar 1. Leipzig hatte mit zehn die meisten Kausgießereien. Die Kausgießereien hatte Bauer nicht sämtlich erfasst; es bestanden noch (und jetzt auch) in Altona 2 und Griesau 1 solche.

Der gegenwärtige Bestand an Schriftgießereien in Deutschland ist nicht genau bekannt, wohl aber weiß man allgemein, daß die Zahl der Handels- wie der Kausgießereien stark zurückgegangen ist, wenn auch weniger als Betriebe. Das ist aber nur eine Frage der Zeit, denn wenn erst einmal Interessengemeinschaften usw. zustande gekommen sind, dann folgt meistens die Betriebszusammenlegung nach. Unter den Schriftgießereien ist ungefähr so aufgeräumt worden wie im Brauergewerbe. Aber nicht

nur kleinere Firmen geben ihre Selbständigkeit auf, sondern ganz ansehnliche: so in der letzten Zeit Hirsch zur Bawerkens Gießerei, Alingspor zu Stempel, Böttcher zu Berthold, welchem Wege Altkampff wohl bald folgen wird. Es dürfte nicht mehr lange dauern, dann ist außer den Großgießereien Berthold, Stempel und Bawerkens Gießerei nichts mehr zu sehen, mag auch äußerlich dieser oder jener Betrieb noch unter der alten Firma liegen.

Die Konzentration im Gewerbe hat in Leipzig die größten Fortschritte gemacht, anstatt 13 sind einschließlich noch 8 Handelsgießereien vorhanden; die Kausgießereien sind von 10 auf 6 zurückgegangen. In ganz Deutschland dürfte es jetzt noch 25 eigenständige Handelsgießereien geben. Dieser Umwandlungsprozeß hat für die Gehilfen und Arbeiterchaft der Schriftgießereien zunächst Schwierigkeiten im Besonderen gebracht. Der sehr gute, immer noch so anhaltende Beschäftigungszustand hat sich abzuwenden, aber zu Ende kommen. Arbeitslose gibt es nicht. Das Exportgeschäft überwiegt beträchtlich. Die nordischen Länder dominieren dabei. Die Firmen Berthold, Bawerkens Gießerei und Stempel haben ihre Niederbetriebe in Petersburg, Barcelona und Budapest wieder aufgenommen, bzw. Stempel hat die Erste Ungarische Aktienschriftgießerei in Budapest aufgekauft.

Die Materialpreise sind enorm hoch, dementsprechend auch die Gießereierzeugnisse hoch. Der Altoppreis für Großschriften ist jetzt durchschnittlich 40 Mk. (in Friedenszeit 210 Mk.), Kleinschriften 45 (5) Mk., blindes Material (Ausschluß, Siegel) 40 (1) Mk. Messinglinien stehen gegenwärtig wohl auf 57 Mk. Blei hat jetzt nicht unbedeutlichen Preiserhöhung erfahren. Das Blei das nicht sofort in den Schriftgießereien abgeht, könnte man verkaufen, wenn die Angelegenheit nach unten nicht allzu auffallend mehr Zeit beanspruchen würde als die nach oben, die immer sehr schnell vor sich gegangen ist. Wenn man aber verkaufen will, daß Schrift nach dem Auslande jetzt billiger geliefert wird als für das Inland, dann heißt es auch den Schriftgießereien auf die Finger zeigen. Sie machen ein glänzendes Geschäft, da auch Neubeiten sehr wenig herauskommen, die alten Sachen aber glatt abgehen.

Im deutschen Schriftgießergewerbe besteht seit Oktober 1919 ein Reichsarbeitsrat, der die Bedeutung eines Industrierats hat, da er alle an der Produktion Beteiligten umfaßt. In der zweiten Februarhälfte 1920 haben in Berlin Verhandlungen zwischen Regelung der Brot- und Kartoffelzulage und der Feuerungszulage stattgefunden. Es ist darüber in N. 24 berichtet worden. Für den 25. März vorgesehene Verhandlungen mußten des Kapp-Putsches wegen verschoben werden.

Vom 14. bis 16. April ist dann in Leipzig eine Neuregelung der Feuerungszulage erfolgt, worüber uns schon berichtet wurde: Den Verhandlungen ging eine Prinzipalsitzung voraus. Von Gehilfenseite waren drei Mitglieder der Zentralkommission und je ein Vertreter aus Berlin, Dresden, Braunkfurt a. M., Hamburg, Leipzig und Stuttgart erschienen. Der Schriftgießereitarif ist kompliziert schon durch seine mannigfachen Arbeitergruppen, die eigentlich als Sparten angesehen werden können. Die Hauptstellung ist folgende: 1. Gelernte Arbeiter. 2. An der Stempelmühle Doppelkomplettmalchine Beschäftigte. 3. Angelernte Arbeiter. 4. Ungelernte Arbeiter. 5. Arbeiterinnen. 6. Akkordarbeiter (bis 90 Proz. der Gesamtzahl). Es wird in der Bezahlung nach Verheiraten und Ledigen sowie nach Alter: kein Unterschied. Die Frage der Ledigen ist ganz gut gelöst, da alle über 25 Jahre alten Arbeiter in der Bezahlung als Verheiratede bewertet werden. Die Kartoffelzulage mit 10 und 5 Mk. land je Einrechnung. Für die Orte Berlin, Hamburg, Dresden sind alle Verdienste um 20 Pf. pro Stunde höher. In den Orten, wo nur Kausgießereien vorhanden sind, kommt wohl überall der Buchdruckerarif in Anwendung. Eine wertvolle Einrichtung ist mit den Kinderzulagen geschaffen, die mit 5 Mk. wöchentlich bis zum 14. Lebensjahre gewährt werden, auch den Arbeiterinnen, wenn sie eigenen Hausstand haben.

Für die gelernten Arbeiter in festem Lohne wurde je nach dem Alter ein Wochenverdienst von 192 bis 211,20 Mark bei Verheiraten und von 182 bis 211,20 Mk. bei Ledigen festgelegt (dazu für Berlin, Hamburg und Dresden die schon erwähnten Zuschläge); für die an der Stempelmühle Doppelkomplettmalchine Beschäftigten 211,20 bis 240 Mk. bei Verheiraten, 201,60—220,80 Mk. bei Ledigen. Die Akkordarbeiter haben auf den erzielten Lohn 100 Proz. Zuschlag erhalten, dazu kommt noch ein fester Lohn von 100 Mk. für Verheiratede und 90 Mk. für Ledige wöchentlich (Berlin, Dresden und Hamburg 110 bzw. 100 Mk.). Der feste Lohn wird den Akkordarbeitern auch für geleistete Feiertage gewährt. Ein Garantelohn besteht für Akkordarbeiter insofern, als sie mindestens den letzten Lohn ihrer Altersklasse mit einem zulässigen Minus von 10 Pf. pro Stunde erhalten müssen. Die für die übrigen Kategorien getroffenen Verbesserungen können der Raumbeschränkung wegen nicht angeführt werden; es muß mit denen für die Gehilfen genügen. Die Schriftgießereivereine hatten zu den getroffenen Vereinbarungen erst noch Stellung zu nehmen. Das ist inzwischen wohl überall geschehen; die Verhandlungsberichte werden darüber orientieren. Neue Verhandlungen finden Ende Mai in Berlin innerhalb des Rahmens der Tarifkommission statt.

Wie sehr für die Schriftgießereibetriebe die Gosanot sich läßt, macht, hat sich namentlich in Stuttgart gezeigt, wo anstatt 984 Stunden in 20 Wochen nur 528 Stunden gearbeitet werden konnten.

Es sei noch bemerkt, daß die Hilfsarbeiter örtlich den Gießereien angeschlossen sind, central aber neuerdings dem Hilfsarbeiterverbande.

Mahnruf für Schriftschneider

Selten wird von der kleinsten Berufsgruppe im großen Buchdruckergewerbe, den Schriftschneidern, der Raum des „Aort.“ in Anspruch genommen. Trotzdem die Herstellung des Originalschriffstempels eine der wichtigsten Tätigkeiten des Papiergewerbes seit Jahrhunderten und noch heute ist, sind die Schriftschneider am wenigsten bekannt gewesen; sogar unter den nächsten Angehörigen des Schriftschneidergewerbes, den Schriftgießern und Leibern, wurde die Herstellung der Originaldrucktype nicht genügend gewürdigt. Lange schon waren Bestrebungen im Gange, die Herstellung der Schriftstempel und Matrizen auf mechanischem Wege zu betreiben, und seit ungefähr einem Jahrzehnt sind in dem größten Schriftgießereien die Stempel- und Matrizenbohrmaschinen drauf und dran, den Handhörschneidern den Garaus zu machen. Dürftig auch heute noch den auf solch mechanischem Wege hergestellten Schriften künstliche Mängel anhaften, so kann morgen schon die technische Vollkommenheit der Bohrmaschinen so groß sein, daß auch dem verwöhnten Schriftkundigen Auge Rechnung getragen wird.

Es soll nicht der Zweck dieser Zeilen sein, eine fachtechnische Entfaltung des Schriftschneidergewerbes zu geben, sondern das bisher Gesagte sollte nur zur Einführung dienen, um die wirtschaftliche Seite der Schriftschneider zu beleuchten. Auf dem Gebiete der Originalschriffherstellung herrschte bis vor dem Krieg eine beispiellose Schmutzkonzurrenz. Heimarbeit, niedrige Preise, daneben grobe Verpöflerung in den Reihen der Gehilfen, diese Dinge und auch noch einige andre sorgten dafür, daß der Schriftschneider wirtschaftlich immer tiefer sank und somit auch seine soziale Stellung immer mehr einbüßte. Schon einige Jahre vor dem Weltkrieg nahmen energische Kollegen in fast sämtlichen Gießereien die Organisation ihrer Kollegen in die Hand, viele traten dem Verband der Deutschen Buchdrucker bei, und jetzt endlich ist es, nach vieler Mühe und Arbeit der leitenden Instanzen, gelungen, die Schriftschneider dem Reichsarbeitsrat für das Schriftgießergewerbe anzuschließen. Solange die Kollegen als Schriftschneider im Berufe beschäftigt sind, wird durch das Tarifabkommen auch ihre wirtschaftliche Seite einigermaßen geschützt.

Doch bei allen Vorteilen, die uns durch die Tarifgemeinschaft zuteil geworden sind, droht uns Schriftschneidern aufs neue Gefahr, und zwar durch die Bohrmaschinen. Nicht, daß wir etwa so rückständig sind und die technische Entwicklung in unserm Beruf aufhalten wollen, nein, es ist die Frage, von wem diese Bohrmaschinen besetzt werden sollen. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung, wenn wir fordern, daß nur gelernte Schriftschneider zur Bedienung der Bohrmaschinen herangezogen werden. Bei der Revision des Reichsarbeitsrats wird es unsere vornehmste Aufgabe sein müssen, durch entsprechende Abmachungen die wirtschaftliche Zukunft des Schriftschneiders sicherzustellen. Dem Willen der Unternehmer, auch für die Zukunft angelernte Arbeiter oder gar weibliche Arbeitskräfte an diesen Maschinen zu beschäftigen, muß auf das entschiedenste widersprochen werden. Bis dahin wird es die Pflicht der örtlichen Instanzen sein müssen, darüber zu wachen, daß ein Verstoß gegen diese unser Forderung abgemehrt wird, wie anderwärts dort, wo schon angelernte Arbeiter an den Bohrmaschinen beschäftigt sind, wenn eine Neubesetzung eintritt, sollte, darauf eingewirkt werden muß, daß dann nur gelernte Schriftschneider verwendet werden.

Kollegen! Es ist unsere Pflicht, eilig was anzuschließen unsern Willen kundzugeben, daß wir bei der weiteren technischen Entwicklung nicht überflüssig werden im Produktionsprozesse, sondern unter allen Umständen an dieser Forderung festhalten müssen, daß nur Schriftschneider an den Bohrmaschinen beschäftigt werden dürfen. Es ist ein historischer Wendepunkt unser Berufsgehefte, an dem wir stehen, und bei dem es um unser Sein oder Nichtsein geht. Einmütig muß die Kollegenschaft im Rathe zu dieser Forderung sich bekennen und ihre Organisation mit deren Durchführung beauftragen.

Leipzig.

hk.

□ □ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □
Verbandsbüreau: Berlin SW 29, Chemnitzplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Gau Frankfurt-Köln. Gauvorsitz: Wilhelm Wepcke, Frankfurt a. M., Alleenstraße 51 III.
Grüßenscheider. Vorsitzende: Otto Müller, Wittenberger Straße 38; Kassierer: Karl Thomas, Wittenberger Straße 3.
Halle a. d. S. Infolge besonderer Umstände liegen die Geschäfte des Vorstands und Kassierers in den Händen des Kollegen Ernst Schröder, Willemsstraße 45; alle Anfragen usw. sind dabei an diesen zu richten.
Schwamm. Vorsitzende: Dr. Reinhardt,ARGE Straße 5; Beauftragter und Kassierer: Friedrich Dillingner, Thurmstraße (Wilschke'sches Reich).
Sachsen i. Schl. Kassierer: Gustav Straß, Bohndorferstraße 37.

Zur Aufnahme gemeldet

(Anmeldungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):
Im Gau Schleswig-Holstein der Geher Bruno Flaresco, geb. in Rabinjan (Rumänien) 1893, ausgeh. in Bralla (Rumänien) 1913; war schon Mitglied in Rumänien. — Martin Prüfer in Altd. Schauenburgerstraße 34 p.

Veranstaltungskalender

Dresden. Verammlung Mittwoch, den 12. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im „Goldhaus“ (großer Saal), R. Henckelsstr. 2.
Gau. „Mittelschweizer“ Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant Kletter in Gelsenkirchen, Ecke Kaiser- und Altonastraße.
Gau. Verammlung Sonntag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Berkelochsbau“.
Zwickau. Verammlung Samstag, den 8. Mai, abends 7 Uhr, im „Schöner Berg“.